



Frauen-Bündnis gegen Altersarmut: Offener Brief an Rentenkommission

6. September 2018. Das Frauenbündnis gegen Altersarmut hat sich in einem offenen Brief an die Rentenkommission "Verlässlicher Generationenvertrag" für eine Rentenpolitik ausgesprochen, die den Arbeits- und Lebenssituationen von Frauen und Männern gleichermaßen gerecht wird. Zentrale Forderungen sind eine Stabilisierung des Rentenniveaus bei mindestens 50 Prozent, gleiche Mütterrente für alle, eine Mindestrente sowie ein besserer Zugang von Frauen zur betrieblichen Altersvorsorge.

Der VAMV ist zusammen mit dem Deutschen Frauenrat, der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros, dem Katholischen Deutschen Frauenbund, dem Deutschen LandFrauenverband, dem Verband berufstätiger Mütter, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft sowie dem Sozialverband Deutschland aktiv. ... [mehr](#)

Stellungnahmen

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung ("Gute-Kita-Gesetz")

Berlin, 27. Juli 2018. Mit dem "Gute-Kita-Gesetz" will der Bund die Qualitätsentwicklung der Kindertagesbetreuung in

den Ländern unterstützen.
Entscheidend für ein qualitativ
gutes und...mehr

Alle Stellungnahmen

Pressemitteilungen

Das "Gute-Kita-Gesetz" ist leider kein gutes Kita- Gesetz

Berlin, 18. September 2018.
Anlässlich des "Gute-Kita-
Gesetzes", das morgen im
Bundeskabinett verabschiedet
werden soll, bedauern die in
der Arbeitsgemeinschaft der
deutschen...mehr

Alle
Pressemitteilungen



Elternvereinbarung
Gemeinsam Sorgeverantwortung
übernehmen!



Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Bundesverband e.V.

Vereinbarung
für getrennte
Eltern

Gemeinsam Sorgeverantwortung übernehmen!

Immer mehr Eltern haben auch als getrennt lebende Eltern das gemeinsame Sorgerecht für ihre Kinder. Gemeinsames Sorgerecht bedeutet, dass Sie als Eltern viele Entscheidungen, insbesondere solche von erheblicher Bedeutung für das Kind gemeinsam treffen müssen, auch wenn Sie getrennt leben.

[mehr erfahren](#)

Breites Bündnis fordert die Aufhebung von § 219a StGB

Berlin, 23. April 2018. In einem Offenen Brief an die Bundesregierung und die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD fordern 26 Verbände und Organisationen in einem breiten Bündnis gemeinsam den §219a StGB aufzuheben. Die unterzeichnenden Organisationen fordern die umfassende Informationsfreiheit über Schwangerschaftsabbrüche und Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte.

[mehr erfahren](#)

[Mitglied werden](#)

[Jetzt online Spenden](#)

Modellprojekt Kinderbetreuung

Modellprojekt "Ergänzende Kinderbetreuung, Notfallbetreuung und Beratung für Eielfernfamilien in Deutschland"

Zwischen 2014 und 2017 hat der VAMV mit dem Modellprojekt "Ergänzende Kinderbetreuung, Notfallbetreuung und Beratung für Eielfernfamilien" an drei Standorten Alleinerziehende unterstützt. Die Evaluation zeigt: Das Schließen von Betreuungslücken erhöht Erwerbschancen und kann das Einkommen steigern. Der VAMV fordert, durch ergänzende Kinderbetreuung und eine Stärkung der Arbeitszeitsouveränität Betreuungslücken bundesweit zu schließen. Er hat hierzu politische Handlungsempfehlungen veröffentlicht.

[Mehr erfahren](#)



© Copyright 2018 VAMV-Bundesverband e.V.